

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Die Postbezugsnehmer (Einzeln- und Familienbestellungen) empfangen unter Schriftband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-9

Die unangefaltene Nonpareilspalte über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Genfer Entscheidung

### Die Weitergabe des Beschlusses an die Alliierten

Paris, 13. Oktober.

Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates heute vormittag durch einen Sonderkurier des Völkerbundes die Empfehlung hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens im Wortlaut erhalten. Ministerpräsident Briand hat dieses Dokument alsbald den alliierten Regierungen mitteilen lassen, und zwar durch Vermittlung ihrer Botschafter, damit die Maßnahmen zur Ausführung dieser Empfehlung entsprechend den Beschlüssen der letzten Pariser Konferenz getroffen werden können.

Nach dem „Journal des Debats“ besteht das Dokument des Völkerbundesrates aus einem Denkschreiben, einem Wort, in dem auseinandergesetzt wird, wie die Arbeit des Völkerbundes vor sich gegangen ist, aus einer Wiedergabe der Argumente, aus den Beschlüssen, auf die sich der Völkerbundsrat bei der Festsetzung der Grenze gestützt hat, und schließlich aus der Aufzählung der Gründe, um derentwillen die Bildung des Wirtschaftsrates vorgeschlagen wird.

### Es wird geprüft

„Eine sehr faire Lösung“

London, 13. Oktober.

Wie Reuters erzählt, meldet ein vormittags von Belfour aus Genf eingegangenes Telegramm, daß der Völkerbundsrat die Empfehlungen des Ausschusses über Oberschlesien angenommen hat, deren Text den Alliierten mitgeteilt werden wird. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine besondere Zusammenkunft des Obersten Rates stattfinden wird, aber über diesen Punkt wird vor der Prüfung des vorgeschlagenen Textes noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Die Angaben über die Empfehlungen belegen, daß der Völkerbund eine sehr faire Lösung getroffen zu haben scheint, indem er das Gebiet gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung teilte, während anscheinend Vereinbarungen getroffen wurden, um die wirtschaftliche Wohlfahrt der in Frage kommenden Gebiete zu gewährleisten. Die Schlußanträge der

affilierten Regierungen muß bis zum Erhalt des Textes abgewartet werden, doch muß daran erinnert werden, daß die Mächte sich verpflichtet haben, die Entscheidung anzunehmen. Dies schließt durchaus nicht die Möglichkeit aus, daß einer oder alle Alliierten Bemerkungen dazu vorbringen.

Sobald die Entscheidung bekanntgegeben ist, wird erwartet, daß Deutschland und Polen sie vollkommen und loyal annehmen. Der Oberste Rat wird sich nicht im geringsten durch irgendeinen Versuch der einen oder anderen Seite, Änderungen zu erhalten, in seiner Haltung beirren lassen.

### Ein Aufruf der Interalliierten Kommission

Dppeln, 13. Oktober.

Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszit-Kommission erläßt folgenden Aufruf:

„Verzürzte Meldungen haben der Presse Veranlassung zu Kundgebungen gegeben, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören. Um eine völlig gerechte Bewertung des Ergebnisses der Abstimmung zu erzielen, haben die alliierten Mächte den Rat des Völkerbundes, dessen Unparteilichkeit unbestreitbar ist, eingeholt. Die Entscheidung muß von allen in Ruhe und Ordnung angenommen werden. Die Interalliierte Kommission wird jeder Herausforderung, woher sie auch kommen möge, rücksichtslos entgegenzutreten; gegebenenfalls werden die schuldigen Zeitungen unterdrückt und ihre Druckereien geschlossen werden. Die Interalliierte Kommission ist entschlossen, jede Unordnung zu verhindern. Sie wird keine öffentlichen Kundgebungen dulden, ganz gleich, welcher Art oder in welcher Absicht sie veranstaltet seien. Die Interalliierte Kommission gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung Oberschlesiens auch bei dem Schlußakt, welcher ihr Schicksal entscheiden soll, es sich angelegen sein lassen wird, dieselbe Besonnenheit zu bezeugen, wie am Tage der Abstimmung und daß sie die Interalliierte Kommission in dem Augenblick, wo diese im Begriff steht, die ihr von den alliierten Mächten anvertraute Aufgabe zu beenden, davon entbinden wird, zur Gewalt Zuflucht zu nehmen.“

Gegeben zu Dppeln, den 13. 10. 1921.

General de Marinis, Sir Gerald Stuart, General de Koub.

### Ungewissheiten

Das eine steht also jetzt jedenfalls fest, daß das Kabinett Birth keine Entscheidung über seine eigene Zukunft treffen wird, bevor über die Zukunft Oberschlesiens entschieden ist. Hätte es von allem Anfang an diesen vernünftigen Standpunkt eingenommen und nicht so viel Kernstille zur Schau getragen, so wäre der Wagen der deutschen Politik in den letzten Tagen weniger holperig gelaufen. Es mußte doch im Grunde jedem klar sein, daß ein Rücktritt der Regierung in diesem Moment einen chaotischen Zustand heraufbeschwören werde, an dem nur die dunklen Elemente des Nationalismus ihre Freude hätten haben können.

Die Herren auf der Rechten sind denn auch recht unwillig über den einstweiligen Verzicht auf den Selbstmord und spotten — was sich in ihrem Munde besonders anmutig ausnimmt — über die Zeit der Phrase und der Pose. Ihre einzige Hoffnung richtet sich jetzt darauf, daß nun wenigstens, sobald die amtliche Mitteilung über den Beschluß des Völkerbundsrats eingegangen sei, die sofortige Demission erfolge. Auch dann noch glauben sie, im Trüben fischen und die mit allen Mitteln genährte nationale Erregung für ihre Parteiinteressen nutzbar machen zu können. Das Ministerium hat sich zu dieser Frage leider noch nicht geäußert, aber es sollte selbstverständlich sein, daß es seinen unbedarfenen Ratgebern nicht auf den Leim geht. Die Sache ist doch ganz klar: das Kabinett Birth hat auf ein Vertrauensvotum des Reichstags gestützt die Geschäfte übernommen. Es führt sie weiter, bis ihm der Reichstag sein Vertrauen entzieht. Das ist der Sinn des Parlamentarismus, und es ist unverständlich, daß gerade bürgerliche Parteien, nach deren Auffassung sich doch der Wille des Volkes einzig und allein in der gewählten Körperschaft befindet, mit dem Gedanken an andere Möglichkeiten auch nur spielen.

Der Reichstag muß freilich unmittelbar nach dem Eintreffen des Genfer Spruchs zusammentreten. Es darf da keine Verzögerung geben. Auf der anderen Seite aber hätte es keinen Zweck, ihn schon vorher einzuberufen. Einen dahingehenden Antrag hat die deutschnationale Fraktion gestellt, der es, wie sie an den Präsidenten Loebe schreibt, als unumgänglich notwendig erscheint, daß die Vertretung des deutschen Volkes noch in letzter Stunde die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen suche. Daß eine solche Beeinflussung gar nicht mehr möglich ist, wissen die Antragsteller genau so gut wie wir, und es war ihnen in Wirklichkeit auch nur darum zu tun, im Reichstag eine Kundgebung herbeizuführen nach Art derjenigen, die gestern auf ihr Betreiben im Preussischen Landtag zustande gekommen ist. Wir halten solche feierlichen Erklärungen, in denen noch dazu gänzlich unrichtige Behauptungen über den Sinn des Friedensvertrags aufgestellt werden, ohne daß die Gelegenheit zum Aussprechen einer entgegengesetzten Meinung gegeben wäre, für verwerflich und möchten wünschen, daß der Präsident Loebe auch nach erfolgter Entscheidung das schlechte Beispiel seines preussischen Kollegen und Parteigenossen nicht nachahmt.

Was über das Urteil des Völkerbundsrats zu sagen ist, kann in der politischen Debatte gesagt werden. Unser Bedarf an pomphaften Rechtsverwahrungen ist reichlich gedeckt. Franken machen sie keinen Eindruck und im eigenen Lande sind sie nur denen willkommen, die ihren Mangel an Einsicht und Wissen durch ein paar wirksame Schlagworte ersetzen wollen. Man erörtere eingehend und mit aller Sachlichkeit, was der Verlust eines Teils von Oberschlesien für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Man prüfe genau und an der Hand feststehender Tatsachen, in welchem Umfange unsere Leistungsfähigkeit gegenüber der Entente durch die Abtretung dieses Gebiets verringert wird, und vor allem suche man die Frage zu beantworten, ob die Politik, die das Kabinett Birth bisher getrieben hat, für den Schlag, den wir erleiden, verantwortlich gemacht werden kann.

Denn das ist ja doch für das Schicksal der gegenwärtigen Regierung ausschlaggebend, ob sie irgend etwas getan oder irgend etwas unterlassen hat, was die für Deutschland ungünstige Lösung des ober-schlesischen Problems herbeiführte. Bis jetzt hören wir nur immer wieder von den Vertretern der Rechtsparteien, daß das ganze Erfüllungsprogramm falsch gewesen sei. Aber wir vermüssen noch immer nähere Aufschlüsse über das Programm, das nach Ansicht dieser Kritiker hätte eingehalten werden sollen. Oder will man uns glauben machen, daß ein Kanzler, der die Unterschrift unter das Ultimatum abgelehnt und sich fortgesetzt in der Pose des Protestes gefallen hätte, ganz Oberschlesien der deutschen Politik gerettet haben würde? Wir fürchten, wenn etwa Herr Helfferich an Births Stelle stände, dann hätten wir heute nicht nur ein Stück von Oberschlesien, sondern das halbe Deutschland verloren.

Da die Regierungsparteien sich nicht selbst ins Gesicht schlagen können, und da die Unabhängigen keine Verurteilung haben, die erwartige Politik des jetzigen Ministeriums prinzipiell zu verwerfen, ist diesem also eine Mehrheit so gut wie sicher. Aber nun wird noch die Frage auf-

## An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins!

### Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober

Am Sonntag, den 16. Oktober, soll es sich entscheiden, ob in der Stadtverordnetenversammlung eine bürgerliche oder sozialistische Mehrheit über das Schicksal der 4-Millionen-Stadt Berlin bestimmen soll.

Für die werktätige Bevölkerung, die unter Mühen und Sorgen um das nackte Leben ringt, für alle Lohn- und Gehaltsempfänger kann die Entscheidung nicht schwer sein. Für sie gibt es nur eine Wahl:

Am 16. Oktober muß aus der Wahl eine sozialistische Mehrheit emporsteigen.

Das gesamte Bürgertum bis zum Großindustriellen, zum Großkaufmann und Bankier, die Hausagrarier und die ganze alte reaktionäre Bureaucratie stehen geschlossen im Kampf gegen den Sozialismus.

Dieser Einheitsfront des Bürgertums, das mit ungeheuren finanziellen Mitteln, mit Lug, Trug und Verleumdung arbeitet, muß

#### die Einheitsfront der Werktätigen

entgegengestellt werden.

Das Bürgertum, das über Mißwirtschaft in der Stadtverwaltung lächelt, verschweigt wohlweislich, daß es ein Defizit von über 4 Milliarden den Sozialisten hinterlassen hat. Die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt fallen also

auf das Schuldkonto der früheren bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament.

Die sozialistische Mehrheit war gezwungen, eine vollständig bankrotte Wirtschaft, eine Folge des Krieges und des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu übernehmen; sie hat aber nach besten Kräften versucht, diese Sünden des Bürgertums wieder gutzumachen.

Gute Anfänge dazu waren bereits vorhanden, als die bürgerlichen Parteien in ihrem Nachbarn

#### die Auflösung des Stadtparlamentes

betrieben, in der Hoffnung, ihre Herrschaft über das werktätige Volk wieder aufzurichten.

Die organisierte Berliner Arbeiterklasse kann und darf es nicht dulden, daß die bürgerlichen Parteien sie wieder zu unumschränkter Herrschaft über das Proletariat gelangen. Nicht bürgerlich rüd-

ständige, sondern sozialistisch weitblickende Politik muß im Stadtparlament betrieben werden.

#### Nur der Sozialismus führt vorwärts und aufwärts!

Jugendstudium, Jugendpflege und Jugendberziehung muß den reaktionären Gewalten entzogen werden. Die Fürsorge für die Erwerbslosen, Schwachen und Kranken ruht am sichersten in den Händen von Vertretern des werktätigen Volkes, von überzeugten Sozialisten. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien läuft darauf hinaus, die breiten Massen des werktätigen Volkes zu belasten und die Reichen und finanziell Starken zu schonen. Die Wohnungsnot mit allen ihren üblen Begleitererscheinungen in moralischer, sozialer und hygienischer Hinsicht schreit zum Himmel. Nur mit Mitteln, die zur Gemeinwirtschaft führen, kann die Wohnungsnot behoben werden.

#### Eine gesunde Lohnpolitik

in den städtischen Betrieben, denn die Stadt ist der größte Arbeitgeber, ist nur von einer sozialistischen Mehrheit zu erwarten.

Auf allen Gebieten der Kommunalpolitik muß der sozialistische Geist herrschen, wenn die werktätige Bevölkerung Berlins gegen die reaktionäre Unterdrückung und Belastung geschützt werden soll.

Darum rufen wir die organisierte Arbeiterklasse Berlins, die Männer und Frauen des werktätigen Volkes auf,

am 16. Oktober nur den sozialistischen Parteien ihre Stimme zu geben.

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben die Pflicht, in den Betrieben ihre Kollegen und Kolleginnen auf die Bedeutung dieser Wahl hinzuweisen und es ihnen zur Pflicht zu machen, ihr Stimmrecht auszuüben. Organisierte Arbeiter, die von der Wahl fernbleiben, begehen gewerkschaftlichen Disziplinbruch und damit Verrat an den Interessen ihrer Klasse.

Das sozialistische Berlin muß auch am 16. Oktober den Sieg davon tragen und dieser Sieg ist uns sicher, wenn Männer und Frauen des Proletariats ihre Pflicht tun.

Wenn ja, so gilt bei dieser Wahl der Grundsatz:

#### Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Sabbath. Vollmerhaus.



geworfen, welche Linie denn in Zukunft eingeschlagen werden sollte, und man verlangt die Beseitigung oder zum mindesten eine Umbildung des Kabinetts Wirth, um die Bahn für eine neue Politik freizumachen.

Eine solche Forderung kann von denen vertreten werden, die, wie es die „Kreuzzeitung“ ausdrückt, das „ganze System der Unterwerfung“ beurteilen. Sie ist aber sinnlos, wenn sie von Leuten erhoben wird, die die bisherige Politik gebilligt und mitgemacht haben. Sehr vernünftig jagte die „Germania“: „Es ist nichts damit getan, die bisherige Politik Deutschlands aufzugeben. Es muß auch zugleich ein anderer, ein besserer Kurs gefunden werden, nach dem unser Volk's Geschick gelenkt werden sollen. Wer hat solche Politik zur Hand? ... Die Erfüllungspolitik hat uns gewisse Erfolge und nicht zuletzt verheißungsvolle Ansätze für die Weiterentwicklung der deutschen Politik gebracht.“

Aber was das Zentrum begreift, begreifen nicht die Demokraten, und das „Berliner Tageblatt“ will dem neuen Kabinetts, wie es auch aussagen möge, ein neues Mandat gegeben sehen. Dieser Auftrag könne nicht anders lauten, als nunmehr mit allen Mitteln auf eine Revision des Reparationsultimatums hinzuwirken. Schade, daß uns die Demokraten auch heute noch nicht verraten, wie die Mittel aussehen sollen, denn damit ist über sie noch nichts ausgesagt, daß man die Verbreiterung der Regierungsbasis als unvermeidlich bezeichnet. Aber das ganze ist ja auch nur ein Dreh, mit dessen Hilfe man wieder auf die Notwendigkeit der Mitwirkung der Deutschen Volkspartei kommen will. Die Herbeiführung der Revision, das wird in dem Artikel des „Berliner Tageblatts“ weiter ausgeführt, soll nur möglich sein, wenn die Gefolgsleute Stresemanns dabei sind.

Auch das ist nicht recht verständlich. Aber nehmen wir einmal an, die Demokraten hätten recht. Dann bliebe doch noch immer die Frage offen, ob die Volksparteier nach der Entscheidung über Oberschlesien noch in das Kabinetts Wirth eintreten wollen und können. Der volksparteiliche Abg. Kempkes hat am Mittwoch eine Rede gehalten, daß die jetzige Regierung, die mit dem Programm der Erfüllung ins Leben gerufen sei, vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Politik stehe. Es sei begreiflich, daß sie nicht länger im Amte bleiben wolle. Wenn Worte einen Sinn haben, so kann das doch nur heißen, daß die Freunde des Herrn Kempkes das bisherige Verhalten des Ministeriums verurteilen und ihm also kein Vertrauensvotum erteilen werden. Wie sie in diesem Fall sich mit den gegenwärtigen Koalitionsparteien vereinigen wollen, ist unklar. Aber gesetzt, sie brächten auch das fertig, dann müßten sie in der Regierung eine Politik treiben, die mit dem Erfüllungswillen bräche, und damit lämen sie sofort in Gegensatz zu Wirth, dem Zentrum und, wie wir annehmen, auch den Sozialdemokraten.

Die ganze Angelegenheit wird eben stets wieder kompliziert durch die Sehnsucht nach den Stinnesleuten. Waren Zentrum und Demokraten zu einem ehrlichen Verfolgen des bisherigen Wegs in der inneren und auswärtigen Politik entschlossen, und hätten die Rechtssozialisten die Reizung ihrer Bundesgenossen, Anschluß an die Volkspartei zu finden, nicht in unverantwortlicher Weise gefördert, dann würde auch die gegenwärtige Situation sehr viel weniger Schwierigkeiten bieten. So aber besteht immer noch die Möglichkeit, daß zuletzt den Treibereien der Rechten doch ein Erfolg winkt. Daß er nicht von langer Dauer sein wird, dafür werden die Arbeiter sorgen, aber jeder Grad, um den der Kurs unserer Politik nach der nationalistischen Seite hin abweicht, kann dem deutschen Volke weit schlimmeren Schaden zufügen als der Verlust von Königshütte und Kattowitz.

### Keine Koalitionsverbreiterung durch die Deutsche Volkspartei

Die „Telunion“ teilt mit: Das „Berliner Tageblatt“ bringt die Meldung, daß der Reichskanzler Wirth den Abgeordneten Stresemann empfangen hat, um mit ihm die Verbreiterung der Koalition durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zu besprechen. Daraus ist die Schlussfolgerung gezogen worden, als ob die Deutsche Volkspartei bereit sei, in ein Kabinetts Wirth einzutreten. Die Telegrammen-Union ist zu der Erklärung ermächtigt, daß keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben, die zu einer solchen Annahme berechtigen könnten.

### Ein Dementi der deutschen Botschaft in Paris

Die deutsche Botschaft gibt folgende Erklärung ab: Ein Pariser Morgenblatt, das den 11. Oktober vom deutschen Botschafter bei Philippe Berthelot erfolglos Schritt befragt, erklärt, daß der deutsche Botschafter den Vertreter der französischen Regierung dahin verständigt habe, daß wenn sich die über die Teilung Oberschlesiens im Umlauf befindlichen Gerüchte bewahrheiten sollten, sich die deutsche Regierung von allen Verpflichtungen freihalten werde, die sie gegenüber den Alliierten eingegangen, ebenso von den mit Frankreich getroffenen Sonderabmachungen. Die deutsche Botschaft stellt demgegenüber fest, daß diese Information der Wahrheit nicht entspricht.

### Der Zusammentritt des Reichstags

**Ablehnung einer Demonstrations-Kundgebung**  
Der Vorkonferenzrat des Reichstages hielt gestern Abend um 7 Uhr eine Sitzung ab. Veranlaßt wurde diese durch einen Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, den Reichstag sofort zusammenzubekufen, damit er durch eine Kundgebung für Oberschlesien noch das Ergebnis der Senfer Entscheidung beeinflussen könne. Zur Begründung dieses Antrages führten die Deutschnationalen an, daß sie sich eine Kundgebung vorstellen, wie sie ähnlich vom Preussischen Landtag veranstaltet wurde. Im Preussischen Landtag habe man eine feierliche Erklärung fassend angeordnet, an der sich außer den Unabhängigen und Kommunisten alle Parteien beteiligten.  
Von den Unabhängigen Sozialdemokraten wurde ausgeführt, daß auch sie der Meinung sind, daß der Reichstag in dieser Zeit tagen müsse. Sie lehnen es aber ab, sich an einer Kundgebung zu beteiligen, wie sie von den Deutschnationalen gedacht sei. Die Deutschnationalen verfolgten mit ihrem Antrage nichts anderes als nationalistische Zwecke. Durch die Art ihrer Kundgebung solle der Eindruck erweckt werden, als wäre es möglich gewesen, ganz Oberschlesien ungeteilt für Deutschland zu erhalten und als würde ein anderes Ergebnis nur auf das Konto der deutschen Außenpolitik seit der Annahme des Ultimatums zurückzuführen sein. Die Kundgebung würde also die nationalistischen Treibereien gegen die jetzige Außenpolitik Deutschlands unterstützen. Die Unabhängigen würden, bei einem eventuellen Zusammentritt des Reichstages wegen der ober-schlesischen Frage, offen über die nationalistischen Treibereien reden müssen und nicht zuletzt auch auf die neuen Gefahren in Oberschlesien hinweisen. Diese nationa-

listische Gefahr müsse aufgebebt werden und die Verantwortung für die Entscheidung über Oberschlesien den eigentl. Verantwortlichen, das sind vor allem die bürgerlichen Rechtsparteien, auch zugeschoben werden. Außerdem forderten die Unabhängigen, daß die Regierung in dieser schwierigen Situation unter allen Umständen aktiv bleiben müsse und sie nicht durch Umbildungsmanöver gerade in dieser kritischen Situation geschwächt werden dürfe. Zudem würde ein Reichstagsmeeting, nach dem Stil der Deutschnationalen, auf das Ausland keinen Eindruck machen.  
Nach den Ausführungen der Unabhängigen Sozialdemokraten äußerten sich Vertreter der übrigen Parteien dahin, daß nunmehr die Idee einer solchen Kundgebung gegenstandslos geworden sei. Die Kommunisten schlossen sich den Unabhängigen an.  
Aber einstimmig bestand im Vorkonferenzrat darüber, daß der Reichstag unter allen Umständen sofort zusammentreten müsse, wenn die Entscheidung über Oberschlesien amtlich vorliegt. Die Mitglieder des Reichstages würden benachrichtigt, daß sie sich vom Montag nächster Woche ab beteiligen können. Berichtsart wurde schließlich noch, daß spätestens am Montag, vormittags 10 Uhr, eine neue Sitzung des Vorkonferenzrats stattfinden wird.  
Der Reichskanzler, der an der Sitzung teilnahm, stellte fest, daß nach einmütiger Auffassung des Kabinetts ein Rücktritt der Reichsregierung vorläufig nicht in Frage kommt, damit in dieser schwierigen Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte ist.

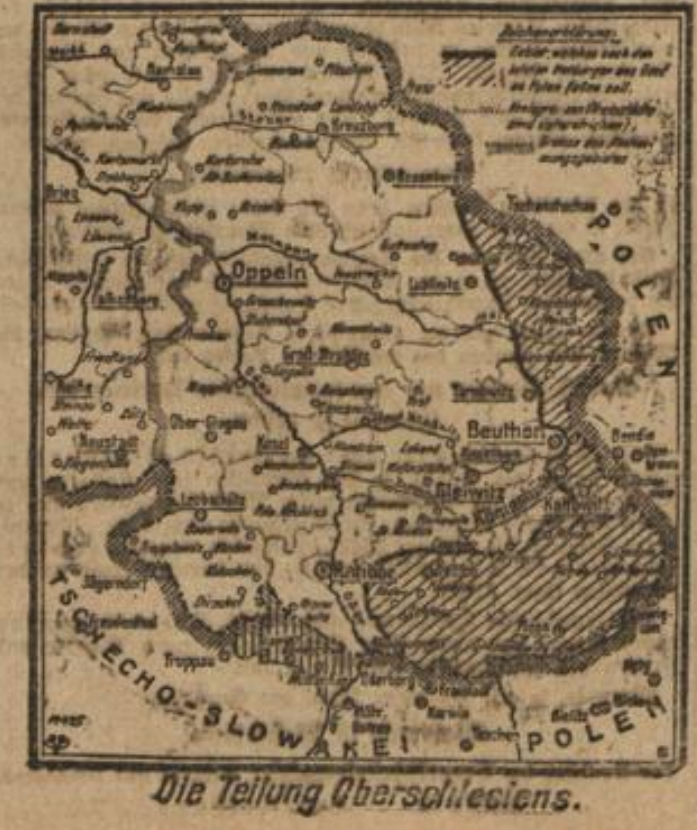
**Das Verbot der Münchener Morgenpost**  
Auf drei Tage herabgesetzt  
(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)  
München, 13. Oktober.  
Wegen des Verbots unseres Münchener Parteigorgans, der „Münchener Morgenpost“ durch den stellvertretenden Staatskommissar für München-Stadt und Land bei der Polizeikommission München ist die Parteileitung beim Ministerium des Innern von München vorläufig geworden und hat erwirkt, daß das 14 tägige Verbot auf ein dreitägiges herabgesetzt wurde. Die „Münchener Morgenpost“ wird am Freitag wieder erscheinen.

### Monarchistische Parade in München

Gestern fand in der Michaels-Hofkirche eine Gedächtnisfeier des Max-Josef-Ritter-Ordens mit dem alten königlichen Gepränge statt. Ein aufgestellter Katafalk trug die Bahre des Königtums: Krone,zepter und Schwert, und alte Kriegstrophäen, Waffen und Rüstzeug waren zur Dekoration aufgestellt. An der Feier nahmen u. a. auch teil: Kronprinz Rupprecht, Prinz Leopold (der Eroberer von Warschau), Prinz Konrad, Prinz Alton und eine große Anzahl Generale, darunter Ludendorff. Die Kapelle der Landespolizei und der Reichswehr wirkten an der Feier mit. Nach der kirchlichen Feier fand ein Vorbeimarsch mit der im Stahlhelm erschienenen Reichswehr vor dem Prinzen Rupprecht und Leopold, General Ludendorff und den Bediensteten statt. Eine geleitete Korte sorgte dafür, daß bei der Abfahrt aus der Kirche auf den Kronprinzen Rupprecht und auf Ludendorff Hochrufe ausgebracht wurden.

### Die Verschäkerung der Reichseisenbahn

**Die Eisenbahner rühren sich!**  
In einer vom Deutschen Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Dresden, am 11. Oktober 1921 nach dem „Trossitzfall“ einderufenen, von über tausend Diakaren und Beamten besuchten öffentlichen Versammlung wurde außer der Besetzungsjage auch die beabsichtigte Ueberführung der Eisenbahnen in einen kapitalistischen Betrieb besprochen.  
Landtagsabgeordneter Robert Wirth, Bezirksleiter des D. E. V. Dresden, begründete eingehend nachstehende Entschlieung und betonte, daß die Organisation unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel diesen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten werde. Die Entschlieung lautet:  
Angehts der Riesengewinne, die das verteuerte Kapital aus den Lieferungen für die Eisenbahnwirtschaft zieht und dadurch den Eisenbahner schwer belastet, muß es Verwunderung erregen, daß die verantwortlichen Epigen der Eisenbahnverwaltung, statt Abwehrmaßnahmen gegen das Großkapital zu erwirken, in akademische Erörterungen darüber eintreten, ob die Reichsbahnen fernerehin im Staatsbesitz bleiben oder dem Großkapital ausgeliefert werden sollen.  
Die Eisenbahnbeamten- und Arbeiterschaft läßt darüber keinen Zweifel, daß sie in Wahrung der Gesamtinteressen zu tatkräftiger Gegenwehr jetzt entschlossen ist und eine weitere Ausbeutung der arbeitenden Volksschichten durch Ueberführung der Eisenbahnen in die Hand des Großkapitals nicht zulassen wird.  
Die Versammlung stimmte dieser Entschlieung einmütig zu und brachte zum Ausdruck, daß sie in diesem Kampfe geschlossen hinter der Organisation stehen werde.



### Berforgung der minderbemittelten Bevölkerung

#### Hungrigen Magen ist schlecht zu predigen!

Aus landwirtschaftlichen Kreisen schreibt man uns: Der Vorstand des Kreiswirtschaftsverbandes Niederbarnim hat nach der „Deutschen Tageszeitung“ in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Bedürftigen durch verbilligte Kartoffeln, und zwar durch Abgabe von etwa 1/4 Zentner pro Morgen der Kartoffelanbaufläche, zu 25 Mark je Zentner, zu helfen.

Noch viel weiter will anscheinend der brandenburgische Landbund nach dem (wenn nicht alles so traurig wäre, könnte man sagen, einigermaßen belustigenden amüsanten) Bericht seines Organes über seine Gesamtvorstandsitzung vom 6. d. Mts. gehen. U. a. begründete der Abgeordnete v. d. Osten seinen Antrag über Maßnahmen zur Sicherstellung der Verforgung der kreisangehörigen Bevölkerung. Hungrigen Magen ist schlecht zu predigen, erklärt er und erwähnt als Beispiel, daß Anklam Kartoffeln für 35, Belgard und Halle für 30 Mark, und Schleßen so ähnlich abgebe. Der Bericht fährt wörtlich fort:

„Nebst Schindler dann ausführlich die im Kreise Königsberg eingeleitete Hilfsaktion (vergl. Nr. 39) für die Minderbemittelten, und warnt die Landwirte vor dem zu raschen Druck und Verkauf. Der Stichtag für die neuen Vermögenssteuern sei der 31. Dezember, und das dann vorhandene bare Geld gelte als Vermögen, das Getreide aber sei Bestandteil der Wirtschaft.“

Eine kaum zu übertreffende Leistung, in einem Atemzuge: Hilfsaktion — Warnung vor (pflichtgemäßer?) Getreideableseung — Ratsschlag, nur nicht zu viel Steuern zu zahlen!

Ueber die Verbilligungsmahnahmen einzelner Kreise wird berichtet:

„Soldin stellt z. B. einen Teil der Getreide-Mehrumlage des Kommunalverbandes billig zur Verforgung. Prenslau ein Pfund je Morgen Gesamtanbaufläche kostenlos, ein Pfund zum Umlagepreis und ein weiteres Pfund zur Reserve, möglichst zu demselben Preise, außerdem 15 Pfund Kartoffeln je Morgen — 50 000 Zentner zu je 20 M., und Futtermittel, die Westpreign 60 000 Zentner Kartoffeln zu 30 bis 40 M. um.“

Bermutlich wäre die Versammlung des brandenburgischen Landbundes ohne Herrn v. Oppen, die Landbundsdeputierte von Oberbarnim, keine richtige Landbundsversammlung gewesen. Benignstens hält er (wörtlich):

„Die Verteilung der freiwilligen Umlage durch die örtlichen politischen Organisationen für nötig, damit kein Korn und keine Kartoffel in die Mäuler der Leute gestopft würde, die die Landwirte dauernd verhaßen wollten.“

Es gelang eine reichlich lange Entschlieung zur einstimmigen Annahme mit dem zum Schluß enthaltenen Hinweis auf „die von den Landbündlern gewollte (oder nur gefollte?) grobherzige, tatkräftige Hilfe, die nicht nach Dank und Lohn fragt.“

Dafür verkauft auch der Landbändler Kartoffeln bald nicht mehr unter 60 Mark den Zentner, vorausgesetzt, daß nicht der längst ersehnte Augenblick eintritt, in welchem für greifbare Ware ein auch zu einem noch höheren Preisangebot bereiter Aufkäufer irgendeines kartoffelbedürftigen großen Betriebes im Westen erscheint, so daß selbstredend hinreichende Veranlassung zu einer noch weiteren Preiserhöhung gegeben ist.

### Das Eisenbahnunglück bei Bamberg

Bamberg, 13. Oktober.

Zu dem Eisenbahnunglück wird weiter gemeldet: Heute nacht kurz nach 12 Uhr, fuhr in der Nähe der Betriebswerkstätte der Güterzug mit Personenverehr 6880 aus bisher noch unbekannter Ursache auf ein sogenanntes totes Gleis, überfuhr den Pressbock und stürzte mit der Lokomotive und dem ersten Wagen in einen Graben. Der dritte Personenwagen wurde in den zweiten hineingeworfen, wodurch unter den Fahrgästen ein großes Blutbad angerichtet wurde. Nach den bisherigen Feststellungen sind 3 Personen tot, 3 schwer verletzt und 12 leicht verletzt. Die Getöteten sind der Handelsmann Georg Eichler aus Königsberg i. P., der Reisende Georg Brud aus Bamberg und der Wagenwärter Moritz Dampff aus Bamberg. Schwer verletzt sind der Zugführer Jodet aus Bamberg, der Handelsmann Heinrich Knoll aus Karlsberg in der Pfalz und die Bauernknecht Elise Wölflin aus Breisingenbach. Der Materialschaden ist außerordentlich groß. Von den Schwerverletzten ist der Handelsmann Knoll bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben.

### Wieder ein Eisenbahnunglück

Heidelberg, 13. Oktober.

Heute früh überannte ein Leergüterzug auf der benachbarten Station Wieblingen das Stellwerk, das er vom Sodel heranterrte. Infolge der dadurch hervorgerufenen Unterbrechung des Signaldienstes fuhr ein aus Mannheim kommender Personenzug bei dichtem Nebel auf einen von Mannheim nach Basel abgefahrenen Schnellzug auf, der auf der Strecke vor der Unfallstelle liegen geblieben war. Die Lokomotive des Personenzuges entgleiste, der Packwagen des Schnellzuges schob sich in den letzten Personenwagen und beschädigte ihn erheblich, wobei mehrere Reisende des Schnellzuges Verletzungen erlitten, darunter der aus dem Haag kommende österreichische Legationsrat Dr. Günther. Mit mehreren Stunden Verspätung konnte der Schnellzug die Fahrt nach Basel fortsetzen.

Münster, 12. Oktober. (Amlich.)

Heute vormittags 6.30 Uhr stieß Personenzug 1861 bei Haltestelle Penne der Strecke Mittenhuden—Friedberg infolge großer Fahrgastfülle im Zugmeldebüro mit einer leerfahrenden Lokomotive zusammen. Ein Heizer wurde getötet, andere Beamte wurden schwer verletzt. Die beiden Lokomotiven und zwei Personenwagen wurden hart beschädigt. Der Betrieb wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Um 6.30 Uhr nachmittags war die Strecke wieder befahrbar.

**Nichtigstellung.** In Nr. 471 der „Freiheit“ vom 8. Oktober gitterten wir eine Auslassung der rechtssozialistischen „Dresdner Volkszeitung“ zur Regierungsbildung und bemerkten hierbei, daß das Blatt bis zum förtlicher Parteitag zu den entschiedensten Verfechtern einer Koalition mit der Stinnespartei gehörte. Wie uns nun von der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung“ mitgeteilt wird, ist diese Annahme unrichtig. Die „Dresdner Volkszeitung“ halte vielmehr ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Volkspartei für nicht wünschenswert, und dies entspreche seit jeder ihrer Stellungnahmen zu dem Koalitionsproblem.

**Senator Knog gestorben.** Nach einem Aunspruch aus Washington ist der ehemalige Staatssekretär, Senator Knog, infolge eines Schlaganfalls gestorben. Senator Knog ist in der letzten Zeit besonders bekannt geworden durch seine führende Stellung in der deutsch-amerikanischen Friedensfrage.

**Oesterreichs Außenhandel.** Nach der vorläufigen Handelsstatistik über Oesterreichs Außenhandel im ersten Halbjahr 1921 erreichte die Einfuhr eine Menge von 3,8 Millionen Tonnen, die Ausfuhr eine Menge von 700 000 Tonnen. Die Einfuhr aus Deutschland betrug 1 222 000 Tonnen, die Ausfuhr dorthin 106 000 Tonnen.



## Nationalistische Kundgebung im Landtag

Der Preussische Landtag wurde gestern zum Schauplatz einer nationalistischen Kundgebung. Infolge einer Abmachung der bürgerlichen Parteien, der sich auch die Rechtssozialisten unterwarfen, beschloß der Aeltestenrat, zu Beginn der Sitzung eine Erklärung über die ober-schlesische Angelegenheit vorzutragen zu lassen. Die schriftlich vorgelegte Erklärung wimmelte von Unrichtigkeiten und falschen geschichtlichen Darstellungen. Die Unabhängigen und die Kommunisten verweigerten ihre Zustimmung. Sie behielten sich vor, ihre Auffassung zum ober-schlesischen Problem durch eine besondere Erklärung festzulegen. Der Aeltestenrat war nicht geneigt, auch die Unabhängigen und Kommunisten im Plenum zum Wort kommen zu lassen. Man wußte anscheinend nach außen hin den Eindruck der Geschlossenheit hervorzurufen, dadurch aber, daß die Parteien, die die nationalistische Kundgebung nicht unterzeichnen wollten, vergewaltigt wurden, ist gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht worden.

Die Rechtsparteien hatten für die Sitzung den letzten Mann aufgebracht. Von ihnen scheint auch die Initiative zu der Erklärung ausgegangen zu sein. Graf Westarp war in eigener Person herbeigeeilt und scheint bei der Aufstufung wertvolle Dienste geleistet zu haben. Seine Hand macht sich in der Formulierung sehr deutlich bemerkbar.

Die Verlesung der Erklärung erfolgte durch den Präsidenten Leinert. Dabei stellte es sich heraus, daß die im Aeltestenausschuß vorgelegte Erklärung in wesentlichen Punkten abgeändert war, insbesondere waren die nationalistischen Gedankengänge bedeutend verschärft worden. Daß sich die Rechtssozialisten auch diesmal wieder ins Schlepptan der Nationalisten nehmen ließen, ist bezeichnend für die geistige Einstellung dieser Partei. Sie erhob sich während der Verlesung gemeinsam mit den bürgerlichen Vertretern von den Plätzen. Die Unabhängigen und die Kommunisten blieben sitzen. Bei jeder nationalistischen Redewendung erfolgte von der rechten Seite des Hauses lebhafteste Zustimmung, während die Linke die schiefen Darstellungen durch Zwischenrufe kennzeichnete. Zum Schluß gab es lebhaften Beifall, der am härtesten von der Rechten herüberklang. Für die Kommunisten legt dann der Abgeordnete Dr. Meyer Protest gegen die Mundtotmachung ein. Im Auftrag der Unabhängigen Fraktion erklärte Genosse Leid:

„Die Geschäftsloge ermöglicht es mir nicht, zu erklären, warum meine Partei der Form und dem Inhalt der verlesenen Erklärung nicht zustimmen kann. Wir behalten uns vor, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit unsere Stellung zum ober-schlesischen Problem darzulegen. Hätte ich das heute tun können, so hätte ich dargelegt, daß die Interessen der Arbeiterklasse für uns maßgebend sind und nicht der Standpunkt des Nationalismus, wie er in der soeben verlesenen Erklärung zum Ausdruck kommt.“

Diese wenigen sachlichen Worte lösten auf der Rechten große Unruhe und lebhafteste Zwischenrufe aus. Damit wurden die Motive, die den Anlaß zu der Erklärung gaben, von selbst gekennzeichnet. Aber es wurde auch vor aller Welt festgestellt, daß die sozialistischen Arbeiter sich niemals in die Front der Nationalisten begeben dürfen, daß vielmehr die Loslösung von dieser Front und der Kampf gegen sie das dringende Gebot der Stunde ist.

## Die Erklärung des Präsidenten Leinert

Die durch den Präsidenten Leinert im Preussischen Landtag abgegebene Erklärung der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten hatte folgenden Wortlaut:

Vom Sitz des Bälterbundes in Genf ist zu uns die erwiderte Nachricht gekommen, daß der Bälterbundsrat über das Schicksal Oberschlesiens Vorschläge unterbreiten wird, die eine Zerstückelung des schwerleidenden Oberschlesiens bedeuten. Eine solche Zerstückelung würde den Grundrissen, die im Versailles-Friedensvertrag festgelegt sind, vollkommen widersprechen. Danach sollte die Entscheidung der Frage, ob Oberschlesien beim Deutschen Reich verbleiben oder Polen zufließen solle, denjenigen überlassen werden, die sich besonders angeht, nämlich der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung. (Zurufe: Nicht wahr!) Diese hat mit großer Mehrheit dahin entschieden, daß ihr Land beim deutschen Volk verbleiben soll, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden, und dem sie allein den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg verdankt. Polen kann keinerlei Rechtsansprüche geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des Industriegebietes Polen überlassen werden, abgesehen Industrie, Handel und Gewerbe allein durch Deutschland aufrecht erhalten ist, wie es auch der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiterklasse den Aufschwung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet verdankt.

Die Sachverständigen im In- und Ausland haben sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens dieses Landes ausgesprochen. Die Abstimmung am 20. März d. J. wurde unter schmerzhaftem Terror polnischer Nationalisten (Gr. Unruhe und Zwischenrufe links. — Gegenrufe: Ruhe!) durchgeführt. Wenn bei dieser Sachlage nur eine Minderheit der ober-schlesischen Bevölkerung sich für Polen entschieden hat, so beweist gerade diese Tatsache den deutschen Charakter des ober-schlesischen Volkes. Aber auch die Minderheit, die für Polen stimmte, hat nicht gewollt, daß Oberschlesien aufgeteilt und seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zerstört werden sollte. (Erneute Zwischenrufe links.) Das ist namentlich in den letzten Monaten durch Kundgebungen der polnisch-sprechenden Mehrheit unabweislich zum Ausdruck gebracht worden. Die von den alliierten und assoziierten Regierungen in den Friedensbedingungen von Versailles zugesandene Volksabstimmung hat also das niemals wegzulugnende Ergebnis gehabt, daß Oberschlesien nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben will. (Sehr richtig!) Die Zerstückelung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und es vernichtet damit zugleich den Grundgedanken der Selbstbestimmung des Volkes.

Der Bälterbund kann das Mandat, über die Zugehörigkeit des ober-schlesischen Volkes zu Deutschland oder Polen zu bestimmen, niemals herleiten aus der Zustimmung derjenigen, die diesem Diktat unterworfen sind. Der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber befindet der Landtag die untreue Mehrheit unabweislich zum Ausdruck gebracht worden. Die von den alliierten und assoziierten Regierungen in den Friedensbedingungen von Versailles zugesandene Volksabstimmung hat also das niemals wegzulugnende Ergebnis gehabt, daß Oberschlesien nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben will. (Sehr richtig!) Die Zerstückelung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und es vernichtet damit zugleich den Grundgedanken der Selbstbestimmung des Volkes.

# Die Erhöhung des Gaspreises beschlossen

## Das Ergebnis der letzten Sitzung

Die Sozialdemokratische Partei hat der Berliner Arbeiterbevölkerung gestern einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Trotzdem die U. S. P. D. einen Weg gezeigt hatte, um bei aller Anerkennung der Tatsache, daß infolge erhöhter Produktionskosten auch die Preise der Produkte erhöht werden müssen, doch eine allzu harte Belastung der arbeitenden Bevölkerung zu vermeiden, hielten es die Rechtssozialisten für richtig, die Politik des gesamten Bürgertums mitzumachen.

Obwohl in dem bisherigen Wahlkampf durch unsere Partei in der Presse wie in den Versammlungen immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir grundsätzlich auf dem Boden der sozialistischen Mehrheit stehen und uns ihres Wertes für die Arbeiterbevölkerung sehr wohl bewußt sind, halten es die Rechtssozialisten in einer für die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterbevölkerung so bedeutungsvollen Frage für richtig, mit dem Bürgertum zu stimmen. Vielleicht ist diese Abstimmung von derselben Haltung diktiert, die der „Vorwärts“ in der gestrigen Abendausgabe gegenüber der „Freiheit“ einnimmt. Würde der „Vorwärts“ seinen Lesern das Zitat des „Koselanspeigers“ in der „Freiheit“ sinngemäß richtig wiedergegeben haben, so würde daraus hervorgehen, daß die „Freiheit“ lediglich geizig hat, wie die bürgerlichen Parteien um die Rechtssozialisten werden. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hat uns darüber belehrt, daß das Liebeswerben des Bürgertums anscheinend gar nicht umsonst ist.

## Sitzungsbericht

Einleitend gedachte Vorkämpfer Dr. West der außerordentlichen Verdienste des Arztes und langjährigen Stadtverordneten Rudolf Birkow, der sich besonders auf dem Gebiete der städtischen Hygiene den Dank vieler Geschlechter erworben hat. Stadtv. von Egnern (D. Vpt.) zeigte sich von einer selten Kleinlichen Gefinnung, indem er dem Vorkämpfer vorwarf, er habe sich vor der Würdigung Birkows nicht mit den Fraktionen in Verbindung gesetzt. Die allgemeine Empörung über dieses verächtliche Verhalten des Herrn v. Egnern kam in protestierenden Ausführungen der Stadtv. Heilmann und Cassel und in zahlreichen Zwischenrufen zum Ausdruck.

Vorkämpfer Dr. West gab dann die Eingänge bekannt. Darunter ist hervorzuheben eine Anfrage der Fraktion der U. S. P. D., was der Magistrat getan hat, um die öffentlichen Parkanlagen Berlins vor dem Verfall, dem sie infolge der Entlassung der Parkarbeiter zu verfallen drohen, zu bewahren. Ebenso bemerkenswert war ein Dringlichkeitsantrag unserer Partei, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß ein Gesetz geschaffen wird, das ein Umlageverfahren für die Kartoffelversorgung vorsieht.

Genosse Dr. Herz wies darauf hin, daß hier ein praktischer Vorschlag vorliegt, um die Kartoffelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung sicherzustellen. Während die bürgerlichen Parteien im Reichstag und Landtage selbst Anträge über die Kartoffelversorgung eingebracht haben, brachte es das gesamte Bürgertum des Stadtparlaments fertig, durch Widerspruch gegen die Dringlichkeit die Verhandlung des Antrages zu verhindern.

Dann trat das Haus in die Beratung des einzigen Tagesordnungspunktes ein. Die zur Verhandlung stehende Magistratsvorlage sieht eine Erhöhung des Gaspreises von 1,50 Mark auf 1,75 Mark, also um 25 Pfennige, vor; ferner eine Erhöhung des Elektrizitätspreises von 3 Mark auf 3,50 Mark, eine Erhöhung des Wasserpreises und der Gewerbesteuer. Nachdem der Stadtv. Panjow (Vpt.) über die Ausschussverhandlungen berichtet und der Stadtv. Fabian (Dnt.) für seine Partei erklärt hatte, daß sie unter gewissen Vorbehalten (Arbeiterentlassungen usw.) der Vorlage zustimme, nahm Genosse Dr. Herz das Wort zur Begründung der

## Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Aus der Erklärung unserer Fraktion zum Etat ergibt sich unsere Stellung. Wir unterscheiden bei der Erhöhung der Werkstarife nach dem Zweck ihrer Verwendung. Wir lehnen die unsozialen aller Steuern ab, wenn sie zur Deckung der allgemeinen Haushaltsbedürfnisse erhoben werden, wir halten aber eine Tarif-erhöhung — abgesehen von der Höhe — für möglich, wenn es sich um die Deckung gesteigerter Produktionskosten der Werke selbst handelt.

Grundsätzlich ist die U. S. P. D. der Auffassung, daß sich die Werke selbst tragen müssen, ja darüber hinaus können sie mäßig

fördern und vor allem den Frieden des so schwergeprüften ober-schlesischen Volkes nicht herbeiführen.

Der Preussische Landtag erhebt daher feierlich Einspruch gegen eine solche durch keinerlei Recht begründete Vergewaltigung und weigert sich hierin einig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Langanhaltender leb. Beifall.)

## Eine sensationelle Verhaftung

Nach einer Meldung der „Telunion“ wurde gestern nachmittag 5 Uhr in seiner Wohnung der Politiker Ed. Stadler, Herausgeber der Wochenzeitung „Das Gewissen“, verhaftet. Sämtliche Briefschaften, Manuskripte wurden beschlagnahmt. Die Verhaftung erfolgte zufolge § 22 des Strafgesetzbuches. Der Paragraf besagt: Wer vorsätzlich Nachrichten öffentlich bekannt gibt, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich ist, wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Heute früh findet die Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt statt.

Eduard Stadler ist eine übliche politische Erscheinung, den die Revolution an die Oberfläche gespült hat. Er war der Gründer und Hauptmacher der Antibolschewistischen Liga, die den Nord an den sozialistischen und revolutionären Führern organisierte sowie der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, der Nachfolgerin der Antibolschewistischen Liga. In seiner Zeitung „Das Gewissen“ predigte er eine sogenannte „Überparteiliche“ Politik, in Wahrheit nichts anderes als ausgesprochene Rechtspolitik mit besonderer Hingebung zur Großindustrie. Bieleicht sind von dort auch die Geldmittel geflossen. In letzter Zeit machte Stadler durch eine wütende Hege gegen Wirth von sich reden, für die ihm das „Blatt der gebildeten Stände“, die „Tägliche Rundschau“, seine Spalten öffnete.

Ueber die Vergehen, die die Verhaftung Stadlers herbeigeführt haben, wird man erst urteilen können, wenn nähere Einzelheiten bekannt werden.

## Ein Ehrenmann

Das kommunistische Ruhr-Echo, Essen, teilt folgendes mit: Die kommunistische Partei Deutschlands, Unterbezirk Rottlinghausen-Ruhr, hat Gustav Hammer wegen moralischer Fälschung und Unterschlagung von Geldern, die für die Ruhrhilfe bestimmt waren, durch einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung vom 9. Oktober 1921 aus der Kommu-

nistischer Partei ausgeschlossen. Die kommunistische Partei lehnt es voll und ganz ab, in irgend einer Weise für das Verhalten Gustav Hammers eine Verantwortung zu übernehmen.“

Der Kommunist Hammer war nicht nur im Ruhrgebiet, sondern weit darüber hinaus, als der größte Schreier und Beschimpfer der freien Gewerkschaften sowie der sozialistischen Führer bekannt. Er gehörte der Geschäftsleitung der Freien Arbeiter-Union in Gelsenkirchen an.

Die Konferenz der Gewerkschaft der chemischen Arbeiter des Moskauer Bezirks, die die Neuwahl des Gewerkschaftsvorstandes an Stelle des wegen seiner menschenfeindlichen Gesinnung aufgelösten bisherigen Vorstandes vornehmen sollte, endete mit einer Spaltung der Kommunisten und einer Spaltung der Gewerkschaft. Trotz einer persönlichen Aufforderung Kollins, sich für oder gegen die Sowjetregierung zu entscheiden, wurde eine menschenfeindliche Resolution angenommen, worin die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Sowjetregierung verlangt wurde. Daraufhin verließen die kommunistischen Delegierten den Sitzungssaal und nahen den Beschluß, eine neue rote Gewerkschaft der chemischen Arbeiter zu gründen und ohne die als gegenrevolutionär erklärte Konferenzmehrheit weiter zu tagen.

Die Frau Bitter Ichnowitsch freigelassen. Die Frau des bekannten Sozialrevolutionärs Viktor Ichnow wurde von der Sowjetregierung unter der Bedingung, daß sie Sowjetrußland verläßt, aus der Haft entlassen. Frau Ichnow ist mit ihren Kindern in Kiew eingetroffen. — Bekanntlich hat Genosse Martow in seiner großen Anklage gegen Sinowjew auf dem Parteitag in Halle auch auf den empörenden Fall der Verhaftung der Genossin Ichnow hingewiesen, die nur deshalb ins Gefängnis gesperrt wurde, weil die Sowjetregierung ihren Mann als Feind betrachtete. Es hat nun gerade ein Jahr gedauert, bis Frau Ichnow, die mit kurzer Unterbrechung im Gefängnis gehalten wurde, jetzt endlich befreit worden ist.

Das Deutsche Rote Kreuz in Rußland. In Moskau ist zwecks Organisierung der Hilfsleistung für die Wolgadenischen der Delegierte des Deutschen Roten Kreuzes, Hilliger, eingetroffen. Allen Sowjetorganen wurde Empfehlung gegeben, die Angelegenheiten des Deutschen Roten Kreuzes in der kürzesten Frist zu erledigen.

Die Abkündigung. Die Abkündigung von einzelnen Mobilisationsbestimmungen, nach denen sich Straßenbahn und Werke selbst decken sollen, nach denen ferner die Deckung eines Fehlbetrages von 20 Millionen Mark durch erhöhte Wirtschaftlichkeit der Betriebe aufgebracht werden soll und nach denen das überschüssige Personal nur unter den mit den Arbeitervertretern vereinbarten Bedingungen entlassen werden darf. Die dann folgende Abkündigung der Magistratsvorlage ergab, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer, des Wasserpreises, des Gaspreises und des Preises für elektrischen Strom nach dem Vorschlag des Magistrats angenommen wurde. Es stimmten für die Magistratsvorlage mit Ausnahme der Gewerkschafter und des Wasserpreises die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten. Abgelehnt wurden dementsprechend die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Antrag Zimmermann (U. S. P. D.), in dem verlangt wurde, daß Erwerbslosse und Armenrentner von der Erhöhung verschont bleiben sollten.

Zum Schluß veruchten die Kommunisten Anträge über Erhöhung der Löhne der Forstarbeiter usw. durchzubringen. Es wurde ihnen aber von allen Seiten nachgewiesen, daß sie es als Väter der Anträge nicht einmal für nötig befunden haben, die Anträge im Ausschuß zu verteidigen. Sie konnten infolgedessen auch im Plenum nicht zur Abstimmung kommen.

In einer persönlichen Bemerkung versuchte der Kammerer Karbing den Vorwurf des Stadtverordneten Deitmer (U. S. P. D.), daß er über die Betriebsräte unwahre Behauptungen gemacht habe, zu entkräften. Genosse Deitmer stellte aber fest, daß der Kammerer — was nicht zuzulassen — behauptet hat, der Betriebsrat habe sich grundsätzlich mit der Entlassung von städtischen Arbeitern und Angestellten einverstanden erklärt. Bieleicht hat der gesamte Betriebsrat der städtischen Betriebe nur zugegeben, daß Arbeiter und Angestellte entlassen werden dürften, wenn sie sich freiwillig dazu entschließen.

Die Abkündigung. Die Abkündigung von einzelnen Mobilisationsbestimmungen, nach denen sich Straßenbahn und Werke selbst decken sollen, nach denen ferner die Deckung eines Fehlbetrages von 20 Millionen Mark durch erhöhte Wirtschaftlichkeit der Betriebe aufgebracht werden soll und nach denen das überschüssige Personal nur unter den mit den Arbeitervertretern vereinbarten Bedingungen entlassen werden darf. Die dann folgende Abkündigung der Magistratsvorlage ergab, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer, des Wasserpreises, des Gaspreises und des Preises für elektrischen Strom nach dem Vorschlag des Magistrats angenommen wurde. Es stimmten für die Magistratsvorlage mit Ausnahme der Gewerkschafter und des Wasserpreises die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten. Abgelehnt wurden dementsprechend die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Antrag Zimmermann (U. S. P. D.), in dem verlangt wurde, daß Erwerbslosse und Armenrentner von der Erhöhung verschont bleiben sollten.

Zum Schluß veruchten die Kommunisten Anträge über Erhöhung der Löhne der Forstarbeiter usw. durchzubringen. Es wurde ihnen aber von allen Seiten nachgewiesen, daß sie es als Väter der Anträge nicht einmal für nötig befunden haben, die Anträge im Ausschuß zu verteidigen. Sie konnten infolgedessen auch im Plenum nicht zur Abstimmung kommen.

In einer persönlichen Bemerkung versuchte der Kammerer Karbing den Vorwurf des Stadtverordneten Deitmer (U. S. P. D.), daß er über die Betriebsräte unwahre Behauptungen gemacht habe, zu entkräften. Genosse Deitmer stellte aber fest, daß der Kammerer — was nicht zuzulassen — behauptet hat, der Betriebsrat habe sich grundsätzlich mit der Entlassung von städtischen Arbeitern und Angestellten einverstanden erklärt. Bieleicht hat der gesamte Betriebsrat der städtischen Betriebe nur zugegeben, daß Arbeiter und Angestellte entlassen werden dürften, wenn sie sich freiwillig dazu entschließen.

Die Abkündigung. Die Abkündigung von einzelnen Mobilisationsbestimmungen, nach denen sich Straßenbahn und Werke selbst decken sollen, nach denen ferner die Deckung eines Fehlbetrages von 20 Millionen Mark durch erhöhte Wirtschaftlichkeit der Betriebe aufgebracht werden soll und nach denen das überschüssige Personal nur unter den mit den Arbeitervertretern vereinbarten Bedingungen entlassen werden darf. Die dann folgende Abkündigung der Magistratsvorlage ergab, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer, des Wasserpreises, des Gaspreises und des Preises für elektrischen Strom nach dem Vorschlag des Magistrats angenommen wurde. Es stimmten für die Magistratsvorlage mit Ausnahme der Gewerkschafter und des Wasserpreises die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten. Abgelehnt wurden dementsprechend die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Antrag Zimmermann (U. S. P. D.), in dem verlangt wurde, daß Erwerbslosse und Armenrentner von der Erhöhung verschont bleiben sollten.

Zum Schluß veruchten die Kommunisten Anträge über Erhöhung der Löhne der Forstarbeiter usw. durchzubringen. Es wurde ihnen aber von allen Seiten nachgewiesen, daß sie es als Väter der Anträge nicht einmal für nötig befunden haben, die Anträge im Ausschuß zu verteidigen. Sie konnten infolgedessen auch im Plenum nicht zur Abstimmung kommen.

In einer persönlichen Bemerkung versuchte der Kammerer Karbing den Vorwurf des Stadtverordneten Deitmer (U. S. P. D.), daß er über die Betriebsräte unwahre Behauptungen gemacht habe, zu entkräften. Genosse Deitmer stellte aber fest, daß der Kammerer — was nicht zuzulassen — behauptet hat, der Betriebsrat habe sich grundsätzlich mit der Entlassung von städtischen Arbeitern und Angestellten einverstanden erklärt. Bieleicht hat der gesamte Betriebsrat der städtischen Betriebe nur zugegeben, daß Arbeiter und Angestellte entlassen werden dürften, wenn sie sich freiwillig dazu entschließen.

Die Abkündigung. Die Abkündigung von einzelnen Mobilisationsbestimmungen, nach denen sich Straßenbahn und Werke selbst decken sollen, nach denen ferner die Deckung eines Fehlbetrages von 20 Millionen Mark durch erhöhte Wirtschaftlichkeit der Betriebe aufgebracht werden soll und nach denen das überschüssige Personal nur unter den mit den Arbeitervertretern vereinbarten Bedingungen entlassen werden darf. Die dann folgende Abkündigung der Magistratsvorlage ergab, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer, des Wasserpreises, des Gaspreises und des Preises für elektrischen Strom nach dem Vorschlag des Magistrats angenommen wurde. Es stimmten für die Magistratsvorlage mit Ausnahme der Gewerkschafter und des Wasserpreises die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten. Abgelehnt wurden dementsprechend die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Antrag Zimmermann (U. S. P. D.), in dem verlangt wurde, daß Erwerbslosse und Armenrentner von der Erhöhung verschont bleiben sollten.

Zum Schluß veruchten die Kommunisten Anträge über Erhöhung der Löhne der Forstarbeiter usw. durchzubringen. Es wurde ihnen aber von allen Seiten nachgewiesen, daß sie es als Väter der Anträge nicht einmal für nötig befunden haben, die Anträge im Ausschuß zu verteidigen. Sie konnten infolgedessen auch im Plenum nicht zur Abstimmung kommen.

In einer persönlichen Bemerkung versuchte der Kammerer Karbing den Vorwurf des Stadtverordneten Deitmer (U. S. P. D.), daß er über die Betriebsräte unwahre Behauptungen gemacht habe, zu entkräften. Genosse Deitmer stellte aber fest, daß der Kammerer — was nicht zuzulassen — behauptet hat, der Betriebsrat habe sich grundsätzlich mit der Entlassung von städtischen Arbeitern und Angestellten einverstanden erklärt. Bieleicht hat der gesamte Betriebsrat der städtischen Betriebe nur zugegeben, daß Arbeiter und Angestellte entlassen werden dürften, wenn sie sich freiwillig dazu entschließen.







# Frauen und Mädchen Berlins, Ihr entscheidet!

## Die Interessen der Arbeiterklasse

Seit die Revolution den Frauen das Wahlrecht verliehen hat, hat sich — mit Ausnahme der Thüringer Landtagswahlen im Bezirk Gera — bei allen Wahlen gezeigt, daß diese Erwerbskraft der Revolution zunächst dem Bürgerium genützt hat. Die bürgerliche Frau, die nach ihrer Vorbildung und der freien Zeit, die sie im Gegensatz zu den Arbeiterfrauen viel eher die Gelegenheit hat, sich politisch zu betätigen, hat das Frauenstimmrecht im vollen Umfange ausgenutzt.

Frauen und Mädchen Groß-Berlins! Am 16. Oktober habt Ihr die Gelegenheit, diesen Schaden, den die Arbeiterklasse bisher erlitten hat, gut zu machen. Es ist Eure Pflicht, in das Gemeindeparlament, in der Eure unmittelbaren Lebensinteressen beraten werden, nur Vertreter der Arbeiterklasse zu wählen. Ob es sich um Schulfragen, um die Gestaltung der Lebensmittelversorgung, um die Preisgestaltung für Gas, Wasser und Elektrizität, um die Kohleerzeugung, um die Gestaltung des Mieterschutzes handeln mag, — bei allen Fragen, aus denen sich die Kommunalpolitik zusammensetzt, handelt es sich um die Lebensinteressen der proletarischen Hausfrau, um die Interessen aller Angehörigen der Arbeiterklasse.

Wäge deshalb dieser Appell an die Frauen und Mädchen der Berliner Arbeiterbevölkerung nicht umsonst ergehen! In Euren Händen, als der Mehrheit der Bevölkerung, liegt die Entscheidung über die Zukunft Groß-Berlins und damit über das zukünftige Schicksal der Berliner Arbeiterklasse.

Sorgt deshalb dafür, daß am 16. Oktober alle Arbeiterfrauen und Mädchen ihre Stimme abgeben für die Liste der

## Unabhängigen Sozialdemokratie.

## Ein Wahlmanöver des Zentrums

### Wahlswindel über die Hausangestelltensteuer

Der allgemeinen bürgerlichen Methode gegen die sozialistische Mehrheit in Berlin nur mit den größten Lügen zu kämpfen, bedient sich auch das Zentrum. In der „Germania“ vom 13. Oktober steht zu lesen:

Wähler und Wählerinnen Groß-Berlins! Wer von euch nicht will, daß unsere Hausangestellten durch eine unsoziale Steuer brotlos werden, helfe am 16. Oktober die tote Mehrheit zu befeitigen.

Das ist ein aufgelegter Wahlswindel. Das Zentrum stellt sich hier wie die anderen bürgerlichen Parteien schlingend vor den Gehärdeten. Jede Arbeiterfrau weiß, daß es die wohlhabenderen Leute sind, die sich Hausangestellte halten. Wenn eine solche Familie jährlich etwa 6000 Mark für einen Hausangestellten ausgibt, so fällt es gar nicht ins Gewicht, für den Hausangestellten noch jährlich 100 Mark — und mehr wurde nicht gefordert — Steuern zu zahlen. Von einer „unsozialen“ Wirkung gegenüber den reichen Leuten kann also gar nicht gesprochen werden.

Was ist nun an der Behauptung, daß die Hausangestellten durch die „unsoziale“ Steuer brotlos würden? Zunächst steht fest, daß in diesem Berufe nicht nur keine Arbeitslosigkeit besteht, sondern eine große Nachfrage nach Arbeitskräften. Ferner steht fest, daß sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als Verfasserin der Steuervorlage vor der Zentralversammlung der Hausangestellten gewandt hat, um von berufener Seite zu erfahren, ob eine solche unsoziale Wirkung der Steuer zu erwarten wäre. Nach gründlicher Prüfung des Steuervorwurfs wurde von der Organisation erklärt, daß eine solche Wirkung nicht zu erwarten und daß sie mit der Steuervorlage einverstanden sei. Außerdem können wir darauf hinweisen, daß eine solche Hausangestelltensteuer in München schon lange besteht und dort nicht die geringste unsoziale Wirkung, etwa Entlassungen von Hausangestellten, zu verzeichnen war.

Die Arbeiterfrauen können aus diesen Tatsachen erkennen, daß die bürgerlichen Parteien lediglich die Interessen ihres großen Geldsacks schätzen und der Gemeinde eine Einnahme, die aus einer völlig gerechtfertigten Luxussteuer entspringt, vorzuziehen. Die Arbeiterfrauen wissen sehr gut, daß ein Haushalt in Einnahme und Ausgabe ein Gleichgewicht haben muß, wenn er ordentlich geführt sein soll. So ist es auch mit dem Haushalt der Gemeinde, und deshalb gilt es, alle Bestrebungen, die auf eine Erhöhung der Einnahmen gerichtet sind, zu unterstützen. Wir als Vertreter der Arbeiterbevölkerung unterstützen aber selbstverständlich nur solche Einnahmeerhöhungen, die durch Besteuerung derjenigen Bevölkerungskreise gewonnen werden, die finanziell genug sind. Das ist der Grundsatz der Unabhängigen Sozialistischen Kommunalpolitik, und deshalb müssen alle Frauen und Mädchen Groß-Berlins für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmen.

## Hausfrauen und freie Wirtschaft

„Aufhebung jeder städtischen Zwangsbewirtschaftung“ fordert ein demokratisches Flugblatt. „Beseitigung aller künstlichen Hemmnisse der eigenwirtschaftlichen Betätigung von Handel, Gewerbe und Industrie“ verlangt der Bürgerrat von Groß-Berlin in seinem Programm, und ein deutschnationales Flugblatt stellt fest, daß allein die freie Wirtschaft auf allen Gebieten produktiv und fördernd wirken kann.

Was bedeutet diese vielgepriesene freie Wirtschaft für die Arbeiterfrauen? Sie bedeutet, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, die jetzt schon von Tag zu Tag steigen, noch viel in die Höhe getrieben werden sollen, sie bedeutet, daß dem rücksichtslosesten Wucher der Großgrundbesitzer und Händler Tür und Tor geöffnet werden soll. Welchen Segen uns die freie Wirtschaft bringt, das sehen wir ja an den Preisen, die wir jetzt für marktfreies Brot bezahlen müssen, das sehen wir an der Preiserhöhung auch für Marktbrot, die im selben Augenblick eintrat, als man das System der Zwangsbewirtschaftung auch nur teilweise durchbrach.

Auch in Berlin haben die Hausfrauen schon Beispiele genug am eigenen Leibe erlebt. Als der letzte Zentner kommunaler Kartoffeln verkauft war, schnellten die Kartoffelpreise um das Doppelte in die Höhe. Der freie Handel mit Butter und das Steigen der Butterpreise hat bereits ein Steigen auch der Milchpreise zur Folge gehabt. Wenn der Bauer Butter im freien Handel zu Wucherpreisen verkaufen kann, so wird er niemals seine Milch zu billigen Preisen hergeben, sondern er wird entweder auch die Preise für Milch in die Höhe treiben, oder aber seine sämtliche Milch zu Butter verarbeiten, um auf diese Weise den gewünschten Profit zu erzielen.

Was müssen die Hausfrauen aus diesen Dingen lernen? Sie müssen erkennen, daß alle bürgerlichen Parteien die natürlichen Feinde der Arbeiter-Hausfrauen sind, weil sie alle durch den freien Handel die Lebensmittel so verteuern wollen, daß sie auch im bescheidensten Umfang von Proletariern nicht mehr zu bezahlen sein werden.

Sie müssen ferner daraus die Notwendigkeit erkennen, sich dafür einzusetzen, daß am 16. Oktober keine Stimme für die Feinde der Arbeiterklasse abgegeben werden darf, weil dadurch Verrat an ihren Klassenossen geübt würde, sondern daß jede Hausfrau, die dem Lebensmittelfeind wehren will, ihre Stimme abgibt für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

## Wie sie lügen

In den Reihen der Parteien, die die hanebüchlichsten Lügen über die sozialistischen Magistratsmitglieder verbreiten, ist wiederholt auch die kommunistische Partei eingetreten. Ihre Agitation, ihr fast ausschließlicher Kampf gegen S. P. D. und U. S. P. D. erweckt den Anschein, als ob auch sie auf die Beseitigung der sozialistischen Mehrheit hinarbeitet. Dabei dürfte doch auch den Kommunisten bekannt sein, daß für die Berliner Arbeiterklasse nur durch die Mehrheit der Arbeiterparteien im Stadtparlament etwas zu erreichen ist.

## Lügen über die städtische Jugendfürsorge.

In der „Roten Fahne“ vom 25. September wird behauptet, in der städtischen Anstalt „Lindenhof“ seien Kniesessel für die Zöglinge angeschafft und sonstige „Zuchtmaßnahmen“ geübt worden.

Das ist ein aufgelegter Wahlswindel. Wahr ist vielmehr: 1. sind die Kniesessel ohne Wissen des Vorstands bestellt, ihre Anschaffung ist verboten worden; 2. ist erst auf Antrag der U. S. P. D. die Prügelstrafe in diesen Anstalten abgeschafft worden; 3. steht fest, daß die Kommunisten sich nicht gekümmert haben, unter die Jungen, die Opfer der sozialen Verhältnisse, zum Teil sogar erblich belastet, also physisch sogar nicht normal sind, ihre parteipolitische Agitation zu tragen.

Eine zweite hanebüchene Lüge hat der Kommunist Kerschewsky-Weissenes am Dienstag, den 4. Oktober, in einer öffentlichen Frauenversammlung vorgebracht. Er erzählte, in einer Erziehungsanstalt bei Breslau, die der Genossin Wenl unterstände, würden die Kinder zu Tode gemartert.

Auch das ist ein Wahlswindel. Zunächst einmal steht diese Anstalt Groß-Rosen bei Breslau nicht der Genossin Wenl, sondern dem Landeshauptmann der Provinz Schlesien; 2. ist aber für diese Behauptungen der Kommunist den Beweis bisher schuldig geblieben.

## Deutschnationaler Wahlswindel.

Um den Frauen, denen die Erziehung ihrer Kinder ganz naturgemäß am Herzen liegt, vor den Sozialisten ein Grauen einzuschüßen, behaupten die Deutschnationalen, in ihrem Wahlflugblatt folgendes:

„Tausende Schulen sind keine Unterrichts- und Erziehungsanstalten, sondern Tummelplätze der Trübe und Inkontinenz einer sozialistischen Großstadtyugend. Der Lehrer wird zum Sklaven der Kindeslaune erniedrigt. Der Schulbesuch ist in das Verleben des Kindes gestellt, einen Schulweg gibt es nicht mehr.“

Man braucht diese deutschnationale Betrachtung nur zu zitiieren, und jeder vernünftige Mensch, sei er Anhänger einer Schulreform oder nicht, wird erkennen, daß dieser Schwindel allzu groß ist, um geglaubt zu werden. Die Frauen der Arbeiterklasse aber haben ein brennendes Interesse daran, daß ihre Kinder in fortschrittlichem Sinne zu aufrechten Menschen erzogen werden.

Wohin wir auch blicken, überall sehen wir, daß man das von den Sozialisten bisher Geleistete mit einer Flut von unwahren Behauptungen überflutet, um die Wahrheit nicht an den Tag treten zu lassen. Die Wahrheit aber ist: Für die Arbeiterklasse kann nur dann etwas erreicht werden, wenn die bisherige sozialistische Mehrheit erhalten bleibt, und um das zu erreichen, müssen alle Stimmen für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie gewonnen werden.

## „Haltet den Dieb“

Unter der Ueberschrift „Sturm auf ein Polizeirevier“, Mißglückte Bestrafung von Versammlungsorganen“ berichtet gestern abend der „Lokalanzeiger“ über einen Vorgang, der sich am Mittwoch abend gelegentlich einer deutschnationalen Versammlung zugetragen hat.

Der „Lokalanzeiger“ wendet dabei die Spitzbubenartikl „Haltet den Dieb“ an. Es wird behauptet, daß „linksradikale“ Elemente die Versammlung gesprengt hätten und die von der herbeigerufenen Schupo eskortiert nachher gewaltsam von der Revierwache befreit worden. Die Polizei sei angeblich gezwungen gewesen, den Sturm mit blanker Waffe abzuwehren.

Nach unseren Feststellungen hat sich der Vorgang folgendermaßen abgepielt: In der öffentlichen deutschnationalen Versammlung in der Grünthaler Straße nahmen auch eine Anzahl Arbeiter aller Parteirichtungen teil. Als einige von diesen während des Vortrages Zwischenrufe machten, fielen mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffnete Deutschnationale über diese her und mißhandelten sie. Darauf verließen die Arbeiter die Versammlung. Die Deutschnationalen, denen nachträglich doch Bedenken ihrer Heldentaten wegen gekommen waren, benachrichtigten die Schupo, die alsbald auch in großer Stärke anrückte. Die Schupoamten gaben den Versammlungsbesuchern das Geleit nach Hause.

Dem Verlangen der Arbeiter, die Revolverbesitzer festzustellen und ihnen die Waffen abzunehmen, wurde nicht entsprochen. Darauf machten sich die Arbeiter in Gegenwart der Beamten an die Untersuchung.

## Scab

Der Streikbrecher

Von Arthur Holtscher

(A. Fortsetzung.)

(Kochtopf verboten.)

Tom stand vom Bette auf, zog mit einem Ruck die Hofe in die Höhe, stellte sich im Bewußtsein, einen richtigen Job und eine Schlafstelle zu haben, pfeifend mitten im Saal auf. An der Tür des Saales war ein weißes Papier angehängt. Ein Neger buchstabierte den Wortlaut des Anschlags drei anderen vor, die an seinen Lippen hingen, als Tom hinzutrat und zuhörte.

„Ihr Leute! Im Interesse Eurer Sicherheit ist es geboten, daß das Tor dieses Logierhauses um zehn Uhr geschlossen wird und daß alle, die ins Haus gehören, um diese Stunde darin anwesend seien.“

Tom hörte weiter nicht zu. Was weiter kam, waren die Namen von irgendwelchen Leuten, die den Riggern hier herumkommandierten, das war gewiß. Tom fühlte zum ersten Male seit langer Zeit wieder so etwas wie einen richtigen Jargon in sich. Jetzt ahnte er, was es mit dem Lock-out, von dem der alte Burke mit dem weißen Kraushaar gesprochen hatte, für Bewandnis habe. Um zehn Uhr eben schloß er das Tor zu. Wer nicht da war bis zu dieser Zeit, dessen Leben war nicht viel wert. So war es auf dieser Welt. Schon einmal war er ja ausgepörrt worden! Nicht mehr in das alte Haus zurück zu den Arbeitern! Das war es, was die Rigger erwartete, überall in diesem Land, in dem der Weiße regierte. Tom fühlte sich aufgeleitet, in der Zeit, die noch bis zehn Uhr übrigblieb, ein paar von den Nickel und den Kupfermünzen aus seiner Tasche auf den Schenkeln der Bar an der nächsten Straßenecke springen zu lassen. Immer sahen dort ein paar Rigger herum, und es war gut, ein wenig Whisky hinunterzugießen, um die Tränen, die die Gurgel heraufzusteigen drohten, zurückspülen in den Magen.

Eine Viertelstunde vor zehn wischte sich Tom den Mund und machte sich auf den Heimweg. Einige Rigger aus seinem Logierhaus, Müllkutscher wie er selber, blieben sitzen, er aber hand brav auf, sagte gute Nacht und ging die Gasse hinaus.

Es waren nur hundert Schritte oder so von der Bar bis zum Logis. Hinten die ungeheuren Häuser, dreißig Stockwerke hoch und höher, weiß und schimmernd mit blühend lauberen Fenstern, trennten die Stadt wie eine einzige hohe Festungsmauer, von dem elend schmuggigen Hafenviertel ab. Die niederen, langgestreckten Baracken, von Schmutz starrend, dunkelgrün verschimmelte Häuser, Speicher aller Art, Werkstätten und Geschäftsbücher, jetzt ganz verlassen, verließen sich weiter in die langen schmal ins Wasser hineinreichenden Piere, an deren Quadern die Wellen des Hudson sich in dumpfer Brandung flach schlügen, an deren Ketten und Tauen die hundert Schiffe der Transportlinien, überseeischen Dampfergesellschaften leise knirschten. Zwischen Speichern und Pieren bedeckten Abfälle die Räderspuren der Fahrwerke, die tagsüber den Schiffbänden Futter zuschleppen oder aus ihnen Futter ins Land hineinzuwagen.

Diese Gegend der unteren Stadt, zwischen den eigentlichen Geschäftsstraßen und den Anlegeplätzen der Dampfer, galt mit zu den übelsten New Yorks. Sie war nur zu vergleichen mit den östlichen Hafenvierteln am East River, zwischen den großen Faktoreien, über deren Dächer hinweg sich die Bräudrogen riesenhoch nach Brooklyn und Williamsburgh spannten. Selten verirrte sich zur Nachtzeit jemand, den keine dringenden Geschäfte dazu zwangen, hierher in die verrufene Gegend. Selten sah man gut angekleidete Leute durch die engen, schlechtbeleuchteten Gassen eilen, und die waren entweder Journalisten, die hier für ihre Zeitung etwas auszuforschten hatten, oder aber Geschäftsleute, die irgendeine Sorge antrieb, ihr Bureau in einem der Häuser da unten aufzusperren und sich nächtllicherweile beim Schein eines Glücklichtes über ihre Bücher herzumachen und zu arbeiten.

Tom ging den Weg durch die kleinen Gassen heiter und in guter Stimmung entlang. Ihm war diese schmuggige finstere Gegend die herrlichste Umgebung, in der er sich je befunden hatte. Es war die Stadt der Jobs, und in dieser Stadt dahier hatte er sich eine richtige Fertigkeit angeeignet. Er war jetzt ein gelernter Kutscher und stand eine ganze Stufe hoch über dem kleineren Gewerbes tündigen Grünhorn, dem frisch in dieser Stadt Angelommenen, der auf seiner Jobsuche in den Hafenkneipen eine läglige Figur abgab. Ein bißchen schwankend und im Bewußtsein, ein richtiger gelernter Arbeiter zu sein, setzte Tom einen Fuß vor den andern auf dem

Heimweg zum Logierhaus. An der Ecke des Gäßchens wurde Tom von einem jungen Mädchen aufgehalten, das vor ihm stehen blieb und ihn ohne weiteres ansprach.

Dieses junge Mädchen war in einem quihenden hellen Sommerkleide und hatte einen dunklen Hut mit weißer Feder auf ihrem gewellten Haar. Ihre rechte Hand, von der der Handschuh abgestreift war, streckte sich zart und schimmernd dem Riggerjungen entgegen. Ehe er sich dessen versah, hatte das junge Mädchen seine rauhe, schmuggige Hand erfaßt, geschüttelt und losgelassen, und die weiße zarte Hand umpreßte nun seinen Arm mit sanftem Griff, so daß Tom im Gehen innehielt. Zugleich fühlte er sich in ein offenes Tor hineingedrängt; dort blieb das junge Mädchen stehen und sagte:

„Sie wollen in Ihr Nachtquartier gehen, Bruder, ich will Sie nicht aufhalten, nicht lange. Sie sind müde von der Arbeit des Tages und haben die Ruhe verdient. Sie werden gut schlafen heute nacht, denn wer ehrlich gearbeitet hat den Tag lang, darf bei Nacht gut schlafen. Aber vielleicht werden Sie doch nicht so gut schlafen, als wenn Sie wirklich ehrliche Arbeit getan hätten heute am Tage. Werden Sie nicht ungeduldig, teurer Bruder, hören Sie mich an!“

Tom sah das Mädchen an und schwieg. Ein weißes Mädchen! Eine Weiße, die mit ihm allein bei Nacht in einem dunklen Tor in einer verlassenen Gasse beisammenstand und ihn anredete! Er wußte nicht, wie ihm geschah, und auch nicht, was er von diesem Abenteuer halten sollte. Er duckte sich, blickte nach dem dunklen Torweg hinter sich und in das Gäßchen hinaus, ob nicht weiße Männer in der Nähe waren; ihm fielen plötzlich Gesichter ein von Virginien daheim, vom letzten Abend in der Heimat, wutverzerrte weiße Gesichter, vor Nordluft verdreht, mit Blut unterlaufene Augäpfel, aber auch Gesichter von New Yorker Straßenecken fielen ihm ein, weiße wutverzerrte Gesichter, die ihn voll Haß und Verachtung angestarrt hatten in diesen letzten Tagen.

Mit einem rohen Ruck versuchte er sich aus dem Torweg in die Gasse hinauszumachen. Seine Hand, durch deren schweißige Schwielen hindurch er noch den zarten Druck der weißen feinen Haut spürte, hatte er in seiner Hosentasche vergraben und umklammerte mit seinen Fingern die zusammengeknüllten Dollarscheine, das übriggebliebene Kleingeld und das großklügelnde Taschenmesser, die da beisammen haften.

(Schluß folgt.)



## Preussischer Landtag

Nach der Abgabe der Erklärung des Präsidenten Leinert über Oberbefehl, über die wir an anderer Stelle berichten, wird die Besprechung der großen Anfrage Hoff über den Entwurf des Reichsschulgesetzes

zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend Bekennnis- und Weltanschauungsschulen fortgesetzt. Abg. König-Swinemünde (Soz.): Nach der Auslegung des bekannten Staatsrechtslehrers Anshütz und des Zentrumsführers Mausbach schreibt Artikel 146 der Verfassung die Gemeinschaftsschule als Normalschule vor und gestattet sowohl die konfessionelle, als auch die weltliche Schule, nur als Ausnahme-Schulen unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, daß eine genügende Zahl von Erziehungsberechtigten die Ausnahme-Schule verlangt und der regelmäßige Schulbetrieb dadurch nicht gestört wird. Der jetzige Entwurf des Reichsschulgesetzes will aber ohne weiteres alle bestehenden Konfessionsschulen als berechtigt anerkennen und daher

### Die Konfessionsschule als Regel

hinsetzen. Somit ist der Entwurf verfassungswidrig und wir fordern seine Umänderung. Das Privatschulwesen darf nicht zu sehr in die Höhe schiefen, denn dadurch wird die Gemeinschaftsschule durchlöchernt. Wir sind für Beseitigung der Anträge an einen Ausschuss.

Abg. Dr. Mener-Dürepen (Komm.): Mit der Abschaffung des Religionsunterrichts tut man sowohl den Lehrern, als auch der Mehrzahl der Eltern und Kinder den größten Gefallen.

Nach Reden von Frau Bronke (Zir.) und Hoff (Dem.) sprach

### Genosse Holz

Der Herr Minister hat sich als begeisterter Anhänger der Einheits-Volksschule bekannt. Dem widerspricht seine Stellung zum Reichsschulgesetzentwurf. Denn er lehnt ihn nicht ab, sondern betrachtet ihn als geeignete Grundlage zur Diskussion. Man kann aber nicht zugleich für die Einheits-Volksschule und den Reichsschulgesetzentwurf sein. Man kann nicht zugleich das Recht der Eltern auf Schulen ihrer Weltanschauung und ihres Glaubens verneinen und anerkennen. Anscheinend ist ein Fachminister ein Minister, der

### auf eigenen Standpunkt verpflichtet

und seine Fachkenntnisse in den Dienst der jeweils herrschenden politischen Richtung stellt.

Drei Parteien haben sich für den Entwurf ausgesprochen: die rechte Seite des Hauses. Damit ist sein Geist charakterisiert. Ihre Vertreter wagen es, ihn mit den Grundfragen der Demokratie und der Gewissensfreiheit zu rechtfertigen. Dabei sind es Parteien, die die unerschrockensten Feinde von Demokratie und Gewissensfreiheit sind, die Parteien der rücksichtslosesten politischen und religiösen Unterdrücker. Ihre Forderungen auf

### Konfessions- und Weltanschauungsschulen

entsprechen der Demokratie noch der Gewissensfreiheit, sondern Rehen im Gegensatz dazu.

Die Befürworter des Entwurfs machen die Verfassung für ihn verantwortlich. Aber die Verfassung zwingt nicht dazu, daß der Entwurf

### für die Volksschule schädigend

ausfiele. Er könnte viel besser sein. Es wäre durchaus in Uebereinstimmung mit der Verfassung, wenn die Gemeinschaftsschulen zur Regelschule erklärt würden und Bekennnis- und Weltanschauungsschulen nur dann einzutreten dürften, wenn Schulen mit mindestens acht aufsteigenden Klassen gesichert wären. Die Hauptfrage ist, daß die bisherige Spaltung des Volksschulwesens schwindet und die Einheits-Volksschule herbeigeführt wird. Die beste Grundlage dazu ist die politisch-religiöse neutrale weltliche Schule.

Den Antrag um erweiterte Mittel für Privatschulen lehnen wir ab, wenn wir auch die um die Entwicklung unserer Pädagogie verdienstvollen Reformschulen, wie die Verhöf Ottos und Wandens, unterstützt zu sehen wünschen, solange sie nicht insolvent sind.

Abg. Schwarzhaupt (D. Sp.): Auf der konfessionellen Schule müssen wir bestehen.

Der Antrag, die große Anfrage und den Antrag Kuhnert (H. Soz.) dem Unterrichtsausschuss zu überweisen, wird gegen die sozialistischen Parteien und Demokraten abgelehnt. Der Antrag Kuhnert selbst wird gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt. Der deutschnationale Antrag auf Unterstreichung der Privatschulen geht an den Unterrichtsausschuss. Es folgen die großen Anfragen Lehmann (Dn.), Otto (Dem.) und Braun (Soz.) über die Vorgänge an der Fürkin-Bismarck-Schule in Charlottenburg.

Abg. Pflug (Dn.) begründet die deutschnationale Anfrage. Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Ein Antrag Dr. Mener (Komm.) auf die morgige Tagesordnung den kommunistischen Antrag auf Unterstreichung der Hungernden in Sowjetland zu sehen, wird gegen die drei sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 11 Uhr: Kleine Anfragen, Straßensachen gegen Abgeordnete, die drei Großen Anfragen Braun (Soz.) wegen der Personalpolitik des Ministers Dominicus, wegen des Vorgehens des Staatlichen Landesamts gegen Anzeigende, welche die schwarz-rot-goldene Fahne gehißt hatten, und wegen des Verhaltens des Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann. — Rest von heute.

## Parteiveranstaltungen

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Wir ersuchen die Berliner Distrikte 1-20, für eine besondere Wahlarbeit je einen Mann am Sonnabend, abends 7/8 Uhr, nach dem Berliner Verbandsbureau, Breite Str. 8/9, zu senden.

### Die Geschäftsleitung.

5. Verwaltungsbereich, 17. Distrikt. Karten zu den am 23. Oktober stattfindenden Dist. Teilerkundungen sind noch bei Wittich, Petersburger Straße 3, zu haben.

### Freitag, 14. Oktober

8. Distrikt. Vor der Versammlung sämtliche Bezirksblätter Material abholen von Krüger, Poststraße 10.

Distrikt Spandau. Die Genossen haben sich in ihren Gruppenlokalen um 8 Uhr zur Hingehaltsbesprechung bestimmt einzufinden.

Charlottenburg. Frauenkommission, Kreisprüfungskommission sofort Donnerstag abholen von Expedition Köhne. Freitag und Sonnabend vertieren.

### Freitag, 14. Oktober

Soz. Arbeiterjugend, Wehlen. Vortrag des Genossen Joch über Wandern bei Wilmers, Hülshausen 38. — Sonntag Beteiligung der Gruppe an der Wahlarbeit. Treffpunkt 8 Uhr morgens bei Krauß, Falowstraße.

Wiedererhebungsbau „Berlin“, Treuenbühlstraße 28. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Wiedererhebungsbau, Schulhaus, Genselstraße 28.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Kranke: Einlasskarte und Kassenschein. Abends 7 Uhr Vertrauensmännerführung im Lokal von Müller, Straßauer Str. 53.

Verantwortlich für Politik und Revolution: Les 214144. Berlin-Brandenburg: für Kommunisten, Lokales und Gewerkschaften: B. Kuhnert. Berlin: für den Interdistrikt und gewerkschaftliche Mitteilungen: Ludwig Kommissar. Charlottenburg: Vertrauensmännerführung „Freiheit“, G. G. h. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C. 2. Breite Straße 84.

## An die Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie!

Die Stellungnahme der A.M.-Funktionäre der Metallindustrie vom 11. d. Mts. ist dem Verband Berliner Metallindustrieller beschlußgemäß mitgeteilt worden. Auf zahlreiche Anfragen wird hierdurch erwidert, daß die Mitteilung aller weiteren Maßnahmen erfolgt, sobald durch das von den Arbeitgebern erwartete Antwortschreiben die Situation geklärt ist. Alle besonderen Fragen, die einzelne Betriebe oder solche Betriebe betreffen, die dem V.B.M.I. nicht angehören, können endgültig erst beantwortet werden, wenn unsere Kommission neue Beschlüsse gefaßt hat. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitteilungen in der Arbeiterpresse zu verfolgen.

A.M.-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

## Die Halleschen Eisenbahner in Berlin

Heute vormittag finden im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen zur Verhinderung des drohenden Eisenbahnerstreiks im Eisenbahndirektionsbezirk Halle statt, zu denen die Bezirksleiter der drei Verbände, des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes und der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteten geladen sind. Es ist anzunehmen, daß eine Einigung erzielt werden wird.

## Lohnbewegung im chemischen Del- und Zeitgroßhandel

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen des chemischen Großhandels beschäftigen sich in einer sehr stark besuchten Versammlung abermals mit der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes über die ultimativ eingereichten Forderungen. Nach dem Bericht über den Stand der Lohnbewegung des Kollegen Puhlmanns geht hervor, daß die Arbeitgeber am Freitag, den 14. Oktober cr., zu Verhandlungen bereit seien.

Von dem gefaßten Streikbeschluss wurde zunächst Abstand genommen, um das Ergebnis der Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar abzuwarten. Sollten aber die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar kein zufriedenstellendes Zustandnis zeitigen, ist die Arbeitnehmerschaft bereit, das letzte gewerkschaftliche Mittel der Arbeitsniederlegung in Anwendung zu bringen. An den Arbeitgebern liegt es nun, hier Einsicht walten zu lassen, um den für beide Teile schädlichen Kampf abzuwenden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin. Heute nachmittag 5 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 14/15, eine Mitgliederversammlung aller in der Musikinstrumentenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: Beschlusfassung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Der Streik der Textilarbeiter in Frankreich. Der Streik ist vollständig beendet. Alle Streikenden haben die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik hat 31 Tage gewährt. Ueber das Ergebnis liegen Meldungen noch nicht vor.

## Öffentliche Wähler-Versammlungen

Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr

- Eldenaer Str., Viehhofstraße
- Schulaula Reichensberger, Ede Forster Str.
- Schulaula Montauferstr.
- Schulaula Hohenlohestr.
- Landsberger Str. 31, Reibend-Festhalle
- Memeler Str. 67, Conventsküche
- Schulaula Christburger Str. 14
- Schulaula Alte Jakobstr. 127
- Fichtestr. 29, Rabes Festhalle
- Kommandantenstr., Armin-Hallen
- Schwedter Str. 23, Wilmers Festhalle
- Schulaula Kleinstr. 49
- Verlängerte Carmen Sylvastr., Hermann Seine
- Schulaula Graefenhagener Str. 20
- Gartenstr. 25, Humboldt-Gymnasium
- Bülowstr., Rationallokal
- Wielestr. 24, Arbeiter-Gesellschaftshaus
- Stralau, Lokal Schöner
- Lichtenrade, Waldrestaurant Rohrmann
- Niederschönhausen, bei Schönherr, Lindenstr.
- Pankow, Schulaula Grünowstr.
- Neuhölln, Altm's Festhalle, Hasenheide, großer Saal
- Lichtenberg, Aula Postau, an der Möllendorferstr.
- Hohenschönhausen, Schulaula Rößnerstr.
- Witz, bei Bester, Chausseestr. 67
- Johannisthal, Restaurant Lustwerke
- Charlottenburg, Aula Realschule, Dandelmannstr. 26-28
- Lichterfelde, Aula Realschule, Poststr.
- Schöneberg, Fichte-Schule, Kolonnenstr. 22-24
- Alt-Gröden, Lokal Bahne, Grünauer Str.
- Wohndorf, bei Höl, Schulgendorfer Str.
- Maricnsfelde, Moldenhauer, Berliner Str. 114
- Tempelhof, Realschule, Kaiserin-Augusta-Str.
- Spandau, Bismarck-Allee, Feldstr. 52
- Siemensstadt, Feldstrug, Nomenndamm-Allee
- Tierwerder, Niemans Festhalle
- Vorsigwalde, Vorsigwalder Festhalle, Spandauer-Ede Konradstr.
- Sudow bei Witz, Turnhalle
- Wilmersdorf-Schmergendorfer-Grünwald, Viktoriengarten, Wilhelmstraße 114-15
- Zehlendorf, Lindenpark, Berliner Str. 8

Referenten sind die Genossen Ulrich, Fischer, Schweikard, Zimmermann, Brihl, Manasse, Rosemann, Müller, Dettmer, Reichert, Weiss, Radtke, Seger, Reintz, Karl Schneider, Nielsch, Dr. Berg, Zschke, Dr. Dreifisch, Cripstein, Scholz, Dr. Koellig, Dr. Wehl, Leid, Diege, Alfermann, Krause, Künstler, John, Löwenstein, Grünow, Linke, Rosenfeld, Klott, Lungwitz, Eggert, Claus, Darmisch.

## Die Versammlung in den Andreas-Festhällen findet nicht statt!

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 7 Uhr

- Berlin, auf dem Wirtsfeldplatz (7/8 Uhr)
- " auf dem Wirtswaldweg, Fildinger Str. (7/8 Uhr)
- " auf dem Helmholzplatz, Eggenstr. (7/8 Uhr)
- Neuhölln, auf dem Hermannplatz (7/8 Uhr)
- Oberschöneweide, Aula Realschule, Zepfelfenstr.
- Cöpenick, Adnerstraße, Lindenstr.
- Rahnsdorf, Vogelstraße, Seefstr.
- Staaken, Restaurant Wolf, Spandauer Str.

Eine ganze Anzahl Gummiknäppel und Revolver wurden dabei gefunden. Eine „Dame“ hatte in ihrem Busen gleich zwei Revolver versteckt. Diese Unteruchung war begreiflicherweise manchem recht unangenehm und auf ihre Veranlassung wurden dann einige Arbeiter festgenommen.

Ein Teil der Arbeiter entschloß sich, diese bis zur Wache in der Panitzstraße zu begleiten, um zu verhindern, daß die festgenommenen auf der Wache oder auf dem Wege dahin mißhandelt werden.

Als trotz längerem Verweilens die Verhafteten trotz leichter Feststellung ihrer Wohnung nicht freigelassen wurden, bemängelte sich der vor der Wache angefallene kleine Anzahl Arbeiter eine Unruhe, ohne aber laut zu werden. Trotzdem hielten es die Beamten für notwendig, die Ansammlung mit der Waffe in der Hand zu zerstreuen.

Selbst der Polizeibericht muß zugeben, daß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wurde. Da aber auch der Polizeibericht den tatsächlichen Vorgängen nicht entspricht, sondern diese vollkommen entstellt, müssen wir annehmen, daß der Leiter dieser Aktion, der wohl auch gleichzeitig den Bericht verfaßt hat, diesen deutschnationalen Revolverhelden sehr nahe steht. Schamhaft wird im Polizeibericht verschwiegen, daß die deutschnationalen Versammlungsbesucher mit Revolvern und Gummiknäppeln ausgerüstet waren; es wird auch nicht angedeutet, ob Anzeige wegen unberechtigten Waffentragens, Bedrohung und Körperverletzung gegen diese erhoben ist. Wir hoffen, daß diese kleinen Schönheitsfehler des Polizeiberichts durch nachträgliche Untersuchung und Befanntgabe des Ergebnisses ausgeglichen werden.

Hoffentlich nicht erst nach den Wahlen. Wir möchten durch diese amtliche Feststellung den spießbürgerlichen Lesern des „Volksanweisers“ ersparen, daß ihnen bis zum Sonntag noch mehr solcher Tatzarennachrichten vorgelegt werden.

## Befragte Kriegsmillionäre

Nach zweiwöchiger Verhandlung ist nunmehr der Prozeß gegen eine Reihe bekannter Kaufleute aus der Metallbranche zu Ende gegangen, denen zur Last gelegt war, durch umfangreiche Bestechungen von Angestellten der Reichs-Eisenkontrollen sich zum Schaden des Reichs Riesengewinne verschafft zu haben. Gemäß den Anträgen des Staatsanwalts Dr. Richter erkannte die Strafkammer gegen den Expedienten Otto Müller auf 1 Jahr Gefängnis und Einziehung von 35 000 Mark Bestechungsgeldern, den Bureauchgehilfen Johann Puh auf 8 Monate Gefängnis und Einziehung von 22 000 Mark Bestechungsgeldern, gegen die Expedienten Karl Westermann und Walter Boldt auf je 4 Monate Gefängnis und Einziehung von 5 000 bzw. 11 000 Mark Bestechungsgeldern, gegen den Kaufmann Herbert Gotthold aus Hamburg, gegen den Fabrikanten Dr. Hans Grün aus Charlottenburg und den Kaufmann Georg Braun aus Hakenlee auf je 4 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe und gegen den Kaufmann Erich Salomon aus Charlottenburg auf 3 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten Bader, Stiemer und Gölner wurden freigesprochen.

Die Höhe der Bestechungsgelder läßt einen Schluß auf die Größe der Summen zu, um die das deutsche Volk betrogen worden ist. Es war wirklich eine große Zeit für Volksausbeuter aller Art. Man kann die Sehnsucht nach recht baldiger Wiederkehr einer solchen großen Zeit bei diesen Herrschaften verstehen. Unverständlich ist nur, daß auch anständige Menschen sich von diesen ins Schlepptau nehmen lassen.

Das Bezirksamt Wedding hat mit Wirkung vom 15. September ds. Js. ab einige Teile auf dem Gebiete der Jugendpflege und Leibesübungen liegenden Arbeiten für den Bereich des Bezirksamts Wedding übernommen. Das Geschäftszimmer befindet sich in der Schönheitsstr. 1, im Ledigenheim. Mit dem Uebernahme dieser Arbeiten auf das Bezirksamt ist nunmehr der Bevölkerung des Berliner Nordens die Möglichkeit gegeben, im eigenen Bezirke nach Fortfall des weiten Weges bis ins Innere Berlins hinein künftig von dieser kommunalen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen. Anträge auf Fahrpreisermäßigung, Zusatzmittel bei Wanderungen, Generalstabskarten, sind jetzt an das Bezirksamt zu richten.

Befestigung von Krankenwagen. Anlässlich der neuen Gesprächsordnung und der damit verbundenen erhöhten Schwierigkeiten, private Fernsprechkstellen zu benutzen, weist das Rettungswesen darauf hin, daß Krankenwagen ohne Zahlung einer besonderen Gesprächsgebühr durch sämtliche 42 über Berlin verbreiteten Rettungsstellen zur Tages- und Nachtzeit telephonisch beim Rettungswesen bestellt werden können. Sämtliche Rettungsstellen sind durch eigene Leitung mit dem Rettungswesen verbunden.

## An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

### Zum Kampf im Gastwirtsgerwerbe

Seit dem 1. Oktober befinden sich etwa 35 000 gastwirtschaftliche Angestellte im Abwehrkampf. Beteiligt sind außer den eigentlichen Gastwirtsgehilfen (Kellner, Köche, Hilfspersonal) auch die kaufmännischen Angestellten, Musiker, Maschinisten und Heizer und alle in diesem Gewerbe beschäftigten Handwerker. Es handelt sich hier nicht nur um eine Lohnbewegung im üblichen Sinne, sondern auch um einen Kampf um die Organisation.

Es ist unbedingt notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft Solidarität übt und daß, bis der Kampf zugunsten der Arbeitnehmer entschieden ist, nur solche Lokale besucht werden, wo die vom Kartell der im Gastwirtsgerwerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen aufgestellten Forderungen bewilligt sind. Diese Lokale sind kenntlich gemacht durch grüne Plakate, die folgenden Ausdruck haben:

Achtung. In diesem Betriebe sind die Forderungen der Angestellten bewilligt und mit dem Stempel des Kartells der im Gastwirtsgerwerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen versehen sind.

Zu Versammlungen und anderen Veranstaltungen sind ebenfalls in erster Linie die bewilligten Saalgeschäfte zu benutzen. Diese Betriebe sind beim Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Eshaffer Str. 86-88, Fernspr. Ami 1813, zu erfragen. Bei Veranstaltungen in nicht bewilligten Betrieben, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, ist der Konium auf das notwendigste einzuschränken. In jedem Falle ist aber dafür zu sorgen, daß bei Festlichkeiten keine Streikbrecher beschäftigt werden. Die Bezahlung von 10 Prozent Aufschlag zu den festgelegten Preisen der Speisen und Getränke ist unter allen Umständen zu verweigern. Die Streikposten sind, wenn nötig, in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Weitere erforderliche Maßnahmen wird der Ausschuss mit den in Betracht kommenden Organisationen treffen.

Dem arbeiterfeindlichen Vorgehen des koalitierten Unternehmertums muß die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft entgegengeleitet werden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin. Platz. Otto. Schilora.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgegend. Sabath.

# DEGEASpar-Glühkörper 25%

Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch  
Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O. 71

## Gas-Ersparnis